



Berlin, 28. Juni 2018
dmil/bü

Gewerkschaften üben scharfe Kritik am Verhandlungsabbruch der Länder

5 In einem gemeinsamen Brief an den Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher
Länder (TdL), den Berliner Finanzsenator Dr. Kollatz-Ahnen, haben die Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft ver.di, der dbb beamtenbund und tarifunion und die Gewerk-
schaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) scharfe Kritik an dem Abbruch aller laufen-
den Tarifverhandlungen durch die TdL reagiert. Die TdL hatte kurzfristig die bereits ver-
einbarten Verhandlungstermine zur Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehr-
kräfte und zur Tarifierung der betrieblich-schulischen Ausbildungsverhältnisse in Ge-
10 sundheitsberufen abgesagt. Begründet hatte die TdL die Absage damit, dass ver.di in
zwei Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen im Rahmen von Haustarifverhandlungen
über die Entlastung der Beschäftigten zum Streik aufgerufen hat.

15 Dies kritisieren die Gewerkschaften als unverhältnismäßig und schädlich. In dem ge-
meinsamen Brief weisen die Gewerkschaften darauf hin, dass es keinen sachlichen
Zusammenhang zwischen den Verhandlungsgegenständen gebe. Die Verhandlungs-
verpflichtung zur Tarifierung der betrieblich-schulischen Ausbildung und zur Entgeltord-
nung sei die TdL in der Tarifeinigung vom Februar 2017 eingegangen, wobei die Ver-
handlungen über die Tarifierung der Ausbildungsverhältnisse bereits im Herbst 2017
abgeschlossen sein sollten. Es sei nicht akzeptabel, dass die TdL diese Verpflichtungen
20 nicht einhalte. Die Absage stelle die bisherige vertrauensvolle Tarifpartnerschaft in
Frage und habe negative Folgen sowohl für die Beschäftigten als auch für die Länder.

25 Die Nachwuchsgewinnung bei den Ländern sei schon jetzt problematisch, weil das dor-
tige Tarifniveau hinter dem Niveau der Kommunen und des Bundes zurückbleibe.
Die Vorsitzenden von ver.di, dbb und GEW fragen Kollatz-Ahnen in ihrem Brief, wie er
den Beschäftigten in Krankenhäusern, Schulen, Straßenmeistereien, Verwaltungen und
anderen Landeseinrichtungen erklären wolle, dass sich die Arbeitgeber um ihre tarifli-
chen Belange nicht mehr kümmern wollen, weil in zwei Kliniken die Beschäftigten für
ihre berechnete Forderung nach Entlastung kämpfen.

30 *Bei Nachfragen:*

35 *Daniela Milutin • ver.di-Bundesvorstand • Pressestelle • 10179 Berlin • Paula-Thiede-
Ufer 10 • Telefon: 030/6956-1011 und -1012 • Fax: 030/6956-3001 • E-Mail: presse-
stelle@verdi.de • www.verdi.de/presse •*

40 *Dr. Frank Zitka • Telefon 030.40 81-5510 • Mobil 0170.492 00 59 • Mail zitka@dbb.de
Friedrichstraße 169 • 10117 Berlin • www.dbb.de • facebook.com/dbb.online • twit-
ter.com/dbb_news*

*Ulf Rödde • GEW-Hauptvorstand • Pressestelle • Postfach 90 04 09 • 60444 Frankfurt
am Main • Hausanschrift: Reifenberger Straße 21 • 60489 Frankfurt am Main • Telefon
069 79873-0 • Fax 069 78973-202 • www.gew.de • info@gew.de • www.face-
book.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft • twitter.com/gew_bund.*

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Daniela Milutin
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de